

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags ausserhalb...

Die achtzehnjährige Kampferin über deren Kampf hat 2.- M. einseitige...

Freiheit Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Befreiung vom Friedensvertrag

Zweimal hat in der gestrigen Sitzung des Reichstages der Außenminister Simons das Wort ergriffen...

In der reaktionären Presse war Herr Simons wegen seiner Montagsrede heftig angegriffen worden...

Herrn Simons geht es wie allen Leuten, die gute Menschen, aber keine ganzen Charaktere sind...

Und was noch fehlte, um das Bildnis dieses Ministers klarzustellen, das brachte er in seinen weiteren Ausführungen zum Ausdruck...

Genosse Breitscheid als Redner der Unabhängigen Sozialdemokratie ließ keinen Zweifel darüber...

Hatte schon die Erinnerung an die Kriegsschuld der Mehrheitsparteien des Reichstages den Anlaß zu heftigen Entrüstungs- und Bedenken gegeben...

nationale Gesinnung des Herrn Stinnes in eine recht eigenartige Beleuchtung geriet...

Genosse Breitscheid forderte, daß nunmehr mit der Heraushebung der Heeresstärke Ernst gemacht...

Bei der Besprechung der Kohlenfrage zeigte Genosse Breitscheid, wie die Bedingungen von Spaa erfüllt werden könnten...

Besonderen Eindruck machten die Ausführungen Breitscheids über das Verhältnis der Arbeiterklasse zu Rußland...

Die Rede des Genossen Breitscheid bildete den Hauptteil der gestrigen Verhandlungen...

Der Sitzungsbericht

Reichsminister Dr. Simons erklärt, daß die Interpellation aller Parteien betreffend die Unterstellung verschiedener Ortschaften...

Herr Stampfer (Soz.): Die Rede des Ministers des Auswärtigen, die vielfach übertrumpft hat, überraschend zu loben...

Beurlaubung wegen des Kamp-Putsch

beauftragt hat (hört, hört!), dann sind uns 100 000 Mann Reichswehr immer noch viel zu viel...

Die deutsche Delegation in Spaa konnte nicht anders handeln, als sie gehandelt hat...

Simons hat in seiner gestrigen Rede der Sowjetregierung Worte hoher Anerkennung

gewidmet. Die wirtschaftlichen Ideen des Sozialismus haben in Rußland eine ganz besondere Form angenommen...

Dr. Breitscheid (USPD)

Ueber den eigentlichen Gegenstand, der auf der Tagesordnung steht, haben wir weder von dem Herrn Reichsanwalt noch von dem Herrn Minister des Auswärtigen irgend welche besonderen neuen Aufschlüsse erhalten...

In diesem belagerten Kurort eigentlich mit einem Erfolg oder mit einem Misserfolg für Deutschland endeten. Nach unserer Meinung ist die Diskussion über diese Frage außerordentlich mühsam. Große Teile, vor allen Dingen in unserem Bürgerum, befinden sich in einer sehr eigenartigen Gemüts- und Seelenverfassung. Sie scheitern auf den Imperialismus, sie scheitern auf die Bestätigung der Reichswehr, die Duldung der Entente, und zugleich nähern sie sich selbst und den anderen doch wieder die Fassung, am Ende werde es doch nicht so schlimm werden und eine geschickte oder eine energische Diplomatie könne eine Revision des Friedensvertrages von Versailles herbeiführen.

Der Minister Simons hat gestern mit Recht darauf hingewiesen, daß Spaa eine Konsequenz von Versailles ist, und daß der Vertrag von Versailles dem deutschen Volke selber viel zu wenig bekannt sei. Das stimmt. Aber was wir noch mehr bedauern, ist die Unkenntnis sehr vieler Kreise des deutschen Volkes über die historische Tatsache der ganzen letzten Jahre, die hinter uns liegen, und was am meisten zu beklagen ist, ist die Tatsache, daß es sich scheinbar noch nicht genügend herumgesprochen hat, daß wir einen Krieg verloren und eine schwere militärische Niederlage erlitten haben. (Lebhafte Zustimmung bei den U. Soz. Anrufe und Zurufe rechts.)

Es ist ganz richtig, Spaa ist die Folge von Versailles. Aber für Spaa und für Versailles sind nicht diejenigen verantwortlich, die vor einem Jahre ihre Unterschrift unter das Vertragsinstrument gesetzt haben, sondern diejenigen, die eine Politik getrieben haben, die notwendigerweise

zu dieser Katastrophe

führen mußte. (Sehr wahr! links und bei den D. D. Anrufe und Zurufe rechts.) Es muß daran erinnert werden, daß mitschuldig nicht nur diejenigen sind, die den Krieg gemacht haben, sondern mitschuldig auch diejenigen, die den Krieg gebildet haben. (Lebhafte Zustimmung bei den U. Soz.) mitschuldig diejenigen, die die Kriegspolitik der Regierung durch die Bewilligung der Kriegskredite unterstützt haben. (Erneute Zustimmung bei den U. Soz. Anrufe und Zurufe bei den Soz.) mitschuldig diejenigen, die bei den Friedensschlüssen von Brest-Litowsk und Bukarest sich entweder der Stimme enthalten oder sogar für diese Friedensschlüsse gestimmt haben. (Erneute Zurufe von den Soz.)

Die große Masse der Arbeiterschaft ist von den Illusionen, die ich charakterisiert habe, vollständig frei. Sie wußte, daß ein kapitalistischer Krieg zunächst nur so beendet werde, daß der Sieger dem Besiegten die drückendsten Bedingungen auferlegen werde, und deshalb war sie auch weit davon entfernt, von der Konferenz in Spaa etwa eine Revision des Friedensvertrages zu erwarten. In Spaa sahen

Vertreter kapitalistischer Regierungen.

Die Arbeiterschaft erwartete von dieser Konferenz vor allem auch nichts für sich selbst; denn ihre Forderungen und ihre Interessen können von Vertretern kapitalistischer Regierungen nicht gewahrt werden.

Wir fanden deshalb den Besprechungen in Spaa, ich will nicht sagen gleichgültig, aber doch ohne Hoffnungen gegenüber, und wir haben die Verhandlungen in der Hauptsache unter dem Gesichtspunkte verfolgt, daß wir auf der Hut sein müssen, neue Belastungen von der arbeitenden Bevölkerung abzuwehren.

Aber auch wir sind davon überzeugt, daß in Spaa das letzte Wort noch nicht gesprochen ist. Freilich denken wir dabei nicht wie Herr Simons an das Urteil der Weltgeschichte, wir denken auch nicht, wie es zweifellos der Herr Reichsanwalt Lehndorff tut, an das jüngste Gericht, das vielleicht, wenn es nach den Wünschen der Herren von der Rechten ginge, noch durch einige Juristen der Berliner Universität ergänzt werden müßte, die höhere Gewalt, die uns vorbeweist, ist

die Revolutionierung der Welt.

(Lebhafte Zustimmung bei den U. Soz. — Heiterkeit rechts und im Zentrum.) Wenn die Arbeiter — so oder so — in Deutschland sowohl wie in den Ländern der Entente zum Siege und zur Macht gekommen sind, dann ist der Moment gekommen, in dem der Vertrag von Versailles sein Ende gefunden hat.

Diese Richter der Zukunft, dieses kaiserliche Prokuratorat hätte man in Spaa vor Augen haben müssen, und im Hinblick auf es hätten auch von den deutschen Vertretern die Verhandlungen dort geführt werden sollen. Aber man kann, um mit einem Ihnen naheliegenden Bildwort zu sprechen, Trauben nicht von den Dorndornen sammeln. Wir untererseits erwarten außerordentlich wenig oder gar nichts von Lloyd George und Millerand. (Sehr richtig! bei den U. Soz.) Mag Lloyd George auch besser sein als Lord Northcliffe, mag er besser sein als die Herren Barillon und Poincaré — sie bleiben doch immer die innerlich gebundenen Vertreter eines kaiserlichen Kapitalismus. Wir erwarten nichts von ihnen, sondern alles

von dem Erwachen der Arbeiterschaft.

Wenn wir uns besonders die Ereignisse von Spaa im einzelnen ansehen, so kann nach meiner Uebersetzung gerade die Bourgeoisie trotz allem doch einigermaßen über das Geschehene zufrieden sein. Sie hat in den beiden Tagen, die dort zur Debatte standen und erledigt worden sind, eine Besserung gegenüber dem letzten Zustand zweifellos erreicht: In der Kohlenfrage eine Ermäßigung der Forderung, statt der 2 1/2 Millionen Tonnen, die der Friedensvertrag von Versailles vorsah, und statt der 2 1/4 Millionen Tonnen, die die Wiedergutmachungskommission festsetzte, hat sie jetzt nur noch eine Forderung von 2 1/2 Millionen Tonnen auf der Tagesordnung. In dieser Beziehung ist ein Vorteil erreicht, und auch in der anderen Beziehung, was die Abrüstung angeht, ist ein Vorteil erreicht. Sie haben jetzt sechs Monate Zeit, um diese Schwächung der Reichswehr durchzuführen, bis zum Ende dieses Jahres.

Freilich, die Regierung, die nach Spaa gegangen ist, und besonders die Militärs, hatten versucht, ihre Forderung mit Hinweis auf die Gefahr zu rechtfertigen, die von der revolutionären Arbeiterschaft droht. Nach unabweisbar gebildeten Proffemelungen hat der Reichsanwalt

den bolschewistischen Voppen

sehr energisch geschwenkt. Außerdem glaube ich, zu wissen, daß die Vertreter des Reichswehrministeriums in dieser Beziehung noch sehr viel weiter gegangen sind. (Hört! Hört! bei den U. Soz.) Es liegt mir Material vor, das augenblicklich auch in Spaa verwendet worden ist und aus der Nachtragsabteilung des Reichswehrministeriums stammt und das die Ueberschrift trägt: „Die rote Armee und der Märzaufruhr.“ (Hört! Hört! bei den U. Soz. und den Soz.) Es ist der Anfang eines zukünftigen Generalliedes über die Niederwerfung der Revolution. (Hört! Hört! bei den U. Soz.) Hier sind mit allen Einzelheiten und mit Skizzen der Schlacht bei Henningsdorf und sonstige Schlachten geschildert. (Erneute Aufse! Hört! Hört! bei den U. Soz. — Lachen rechts.) Darunter hinaus aber enthält dieses Material auch noch jene Spitzel-erzählungen, mit deren Hilfe die Regierung versucht hat, in Spaa das zu erreichen, was sie mit Vernunftgründen nicht erreichen konnte. Wir untererseits wissen nun nicht, ob unter dem Eindruck dieses zweifelhaften Materials die Entente die Zusicherungen der Verlängerung der Frist gemacht hat. Sie hat Angst vor dem deutschen Militarismus, sie hat aber auch eine

namenlose Angst vor dem deutschen Sozialismus.

Wir stehen dem Ententekapitalismus und Ententemperialismus genau so ablehnend und so feindselig gegenüber wie dem deutschen Kapitalismus. (Lebhafte Zustimmung bei den U. Soz. — Zurufe rechts.) Wie sehr das auch drüben bekannt ist, dafür gibt es ein kleines Beispiel aus den letzten Tagen. Mein Freund Vedebour sollte bei der Jahresgedächtnisfeier am 31. Juli zusammen mit französischen Arbeitern in Paris sprechen. Die französische Regierung hat Angst vor ihm, und ich glaube, er kann stolz sein auf diese Furcht, die die französischen Kapitalisten vor ihm hegen. Und so dem Vernünftigen ist damit der Beweis geliefert, wie wenig die Behauptungen gerechtfertigt sind, als unterhielten wir irgend welche dunklen Beziehungen zu den ehemals feindseligen Mächten und ihren Regierungen. (Lebhafte Zustimmung bei den U. Soz. — Abg. Vedebour: Heraus mit der Sprache! — Zuruf von den D. D.: Eracht! Ich glaube, daß durch die genügende Rechtfertigung gegeben hat. (Lebhafte Widerpruch rechts.) — Wenn Sie meinen die Rechtfertigung habe nicht genügt, so liegt das an der Unfähigkeit oder an dem schäblichen Willen an der Ährer Seite, die Argumente zu verstehen, aber nicht an der Ungenauigkeit der

Darlegungen meines Freundes Graf. (Zustimmung bei den U. Soz. — Widerspruch und Lachen rechts.)

Der Herr Kollege Stampfer hat sich vorhin scheinbar unserem Standpunkte angeschlossen. Er hat leise Zweifel geäußert, ob nicht vielleicht 100 000 Mann noch immer müde wären. Ja, uns wäre es sehr erträglich gewesen, wenn die leisen Zweifel vielleicht etwas vergrößert bei ihm und seinen Freunden schon früher

unter der „fortschrittlichen“ Regierungsjagd des Herrn Noose rege geworden wären. (Sehr gut! bei den U. Soz.)

Aber wie dem auch sei, — nun kommt es darauf an, daß die Bedingungen, die man unterschrieben hat, auch in militärischer Beziehung erfüllt werden. Nun hat Herr Reichsminister Simons im Anschluß für auswärtige Angelegenheiten angedeutet, daß die Sache vielleicht nicht ganz so schlimm sei, und daß sich innerhalb sechs Monaten dieses oder jenes ändern könne. (Hört! Hört! bei den U. Soz.) Ich warne vor jedem Versuch, daran zu glauben, daß die Entente vielleicht nach irgendeiner Frist doch geneigter sein könnte, untern oder der Regierung Argumente zugänglich zu sein. (Zurufe rechts.)

Ich gebe zu: es ist nicht ohne Schwierigkeiten für die Regierung, jetzt in verhältnismäßig kurzer Zeit diese Abrüstung vorzunehmen. Aber wer hat denn die Schwierigkeiten heraufbeschworen? Nach dem Waffenstillstand und dem Friedensvertrag hat die deutsche Regierung nicht begonnen abzurufen, sondern

sie hat ausgerufen.

Sie hat weit mehr als 200 000 Mann, mehr als eine halbe Million, ja drei Viertel Millionen Soldaten unter den Waffen gehabt; sie hat systematisch bei diesen Soldaten die Stimmung gegen: wir werden letzten Endes doch dableiben können, wo wir sind; denn die Regierung wird sich hart dafür machen, daß die Entente nicht auf ihren Abrüstungsbedingungen besteht.

Nicht minder schwierig — auch das geben wir zu — ist ja die Frage und die Forderung der Entlassung. Heute nur das eine: grundsätzlich wenden wir gegen eine wirklich allgemeine Entlassung nichts ein, da, wenn beide Teile, das Proletariat so gut wie der Kapitalismus und die Gegenrevolution, unbewaffnet einander gegenüberstehen, das Proletariat als Träger des Welt-

immer der bessere Teil sein wird.

(Sehr wahr! bei den U. Soz.) Aber wir haben die starke Besorgnis, daß die Regierung nun die Konsequenzen ziehen wird, mit unerbittlicher Strenge gegen Arbeiter vorzugehen, die sich vielleicht hier und da im Besitz von Waffen befinden, daß sie dagegen die notwendige Energie gegen die Thron (nach rechts) nachziehenden Kreise vorzugehen und die Entlassung auf den pommerischen und hinterpommerschen und brandenburgischen Rittergüter vorzunehmen, (große Anrufe und Zurufe bei den D. D.) die bisher durch die Tat den Beweis dafür erbracht haben, welche schändlichen Gebrauch sie von diesen Waffen zur Ermordung aller derselben, die ihnen nicht genügen sind, zu machen wissen. (Sehr wahr! bei den U. Soz. — Zurufe rechts: Un Sinn! — Gegenrufe von den U. Soz. — Anrufe.) Wir haben gestern von Herrn Dr. Simons gehört, daß die bayerische Regierung mit dem französischen Gesandten, der ihr doch so unangehörig uneben und unbedächtig ist, bereits über die bayerische Einwohnerwehr verhandelt hat. Ich bin überzeugt davon, daß unser verehrter Kollege, der zukünftige Herrmann von Bayern, Herr Dr. Heim, uns genauere Auskünfte über die Absichten dieses französischen Gesandten geben kann. (Zuruf des Abg. Dr. Heim: Plump! — Große Heiterkeit. — Lebhafte Zurufe von den U. Soz.)

In diesem Zusammenhang ist die Frage der

Neutralität im russisch-polnischen Konflikt

zu besprechen. Wir sind mit der Neutralitätserklärung der Regierung im Prinzip einverstanden. Damit wir nicht einverstanden sind, das ist die Wasserung von Truppen in der Gegend unserer Pflanzung. Wir Urteilen von der Verammlung dieser Truppen, besonders wenn sie an die Grenze kommen, unter Umständen Konflikte mit etwa an der andern Seite der Grenze lebenden russischen Truppen. Wir hoffen, daß die Regierung ihre Worte wahrmacht und vor allen Dingen auch ihre Neutralität gegen die Plunzierer und Truppentransporte der Entente wahr. Aber das sagen wir von vornherein: stärker als ihr Wille und stärker als ihre Kraft in dieser Beziehung wird der Wille und die Kraft der Arbeiterschaft sein, die keine Unterwerfung irgend welcher Art der Gegner von Sowjetrußland zulassen wird. (Sehr wahr! bei den U. Soz. — Zurufe rechts: Ist das Ihre Neutralität?) Wir hegen auch diese Gelegenheit, um von dieser Stelle aus unseren Willern in Sowjetrußland unseren Gruß und unseren Glückwunsch zu sagen. (Beifall bei den U. Soz. — Zurufe rechts: Ist das neutral?) Wir freuen uns über ihren Sieg über Polen; (Beifall bei den U. Soz.) denn der Krieg, den Sowjetrußland führt, ist die einzige Art des Krieges, für die wir ein Verständnis und eine Sympathie besitzen. (Bravo! bei den U. Soz.) Wir stehen auch auf dem Standpunkt, daß wir uns

im Frieden mit Sowjetrußland

finden, und nachdem das von einer so autoritativen Stelle festgestellt worden ist, wie es Herr Minister Simons in diesem Falle ist, ist damit gleichzeitig nachträglich unser Verhalten, das wir in diesen Tagen während des ganzen letzten Jahres eingenommen haben, durchaus gerechtfertigt. Wir haben protestiert gegen die russischen Verboisungen auf deutschem Boden, die für die Gegner der Sowjetregierung geworden haben. Wir haben protestiert gegen die Wasserfrierungen, die von Deutschland aus nach Rußland zur Unterstützung Kolischaks, Denikins und Judentzschs gegangen sind. Heute ist der Beweis erbracht, daß unsere Auffassung über unser Verhältnis zu Sowjetrußland das richtige gewesen ist, heute ist der Beweis erbracht, daß die Regierungen, die der gegenwärtigen vorausgegangen sind, diese Neutralität nicht gewahrt haben.

Diese Truppen und Plunzierer sind schlimme Präzedenzfälle für die Entente. Nun aber wollen wir, daß Deutschland sobald als möglich in die deutsche innigsten Freundschaftsbeziehungen zu Rußland tritt. (Sehr richtig! bei den U. Soz. — Lachen rechts.) Wir wollen dieses Verhältnis geschlossen wissen, nicht nur mit Rücksicht auf unsere politische Stellungnahme, nicht nur weil es uns allerdings außerordentlich erwünscht ist, eine sozialistische Republik in unserem Rücken zu haben, mit der uns Bande der Freundschaft verbinden, sondern auch

aus sehr naheliegenden wirtschaftlichen Erwägungen

heraus, die der Herr Minister Simons gestern schon getreift hat. Wir stellen fest: unser Verhältnis zu Sowjetrußland ist natürlich ein anderes als das des Ministers Simons. Man soll nicht etwa glauben, das russische Militär bezahle die Verlängerung der Arbeitszeit nachahmen zu sollen. Die Verlängerung der Arbeitszeit in Rußland bedeutet nämlich etwas wesentlich anderes als die Verlängerung der Arbeitszeit in Deutschland. (Sehr richtig! bei den U. Soz. — Lachen.) Wenn Sie die Arbeiter länger arbeiten lassen wollen, so schützen diese Arbeiter im Interesse des Kapitals. Die russischen Arbeiter, die ihren Arbeitstag verlängern, arbeiten im eigenen Interesse.

Wir arbeiten für einen sozialisierten Staat.

Hoffentlich ist Herr Simons in der Lage, sich mit seinen gesunden Auffassungen über die russische Politik sowohl wie über Bela Kün durchzusetzen, auch gegen die Widerstände in seinem eigenen Kabinett. Ich möchte nur darauf aufmerksam machen, daß es im Auswärtigen Amt eine Reihe von Persönlichkeiten gibt, die die Ansicht des Herrn Ministers Simons nicht teilen. Seit gestern bin ich nämlich um

die Gesundheit des Herrn Ministers Simons

eingermessen besorgt. (Sehr gut! und Heiterkeit bei den U. Soz.) Er machte im Eingang seiner Rede musterhafte Andeutungen über mögliche Ministärschichten in den Kreisen seiner Kollegen und in seinem Kabinett. Vielleicht unter dem Eindruck von gewissen freundschaftlich-kollegialen Auseinandersetzungen, die nach meinen Informationen heute im Kabinett stattgefunden haben, hat sich heute Herr Simons veranlaßt gesehen, hier heute einen mehr oder weniger geordneten Rückzug anzudeuten. Wir hatten ja gestern vielleicht die und da den Eindruck, es sei aus Versehen ein weißer Raub in diese schwarzelebende Gesellschaft gekommen. (Heiterkeit bei den U. Soz.) Aber wir haben heute den Eindruck, daß über dieses weiße Gefieder doch wieder der Kohlenstaub des Mi-

torismus heruntergerieft ist, damit er ebenso schwarz wird wie seine Kollegen. Im Ernst gesprochen, wir haben heute erfahren, daß auch ein Mann, der scheinbar den Willen zur Objektivität und zur Wahrheit besitzt, es doch nicht wagen kann,

wider den Stachel des Militarismus

zu Waden. (Lebhafte Zustimmung bei den U. Soz.) Er hat uns hier eine Auseinandersetzung gegeben über den Stachel, über die Wadende und über die Wunden. Seine Auslassungen bewiesen: der Stachel schneidet unsichtbar über diesen Wunden doch (nach der Minister-Bank). (Sehr gut! bei den U. Soz. — Zurufe rechts.) Er bekommt Jochen schlägt. Da helfen nicht bewegliche Klagen über die Szenen, die sich zwischen dem Brandenburger Tor und dem Denkmal Friedrichs des Großen abgespielt haben. Da hilft auch nichts, daß Herr Simons in Spaa an Deutschlands Haltung gegenüber dem Kommunismus 1871 erinnert hat, daß er mit etwas verhallenden Worten die Entente aufgefordert hat, eine wohlwollende Neutralität einzunehmen, wenn die deutsche Regierung einmal daran denkt, die deutsche Revolution

nach den Methoden des Herrn Gallifet

niederzukatzen. (Sehr gut! bei den U. Soz.) Er ist trotz allem ein Vertreter an den heiligsten Gütern der Nation und er hätte sich da ein Vorbild nehmen sollen an den Herren, die vorher an einem Plage gestanden haben und deren Neben niemals von der Rechten als eine Katastrophe bezeichnet worden sind. (Sehr gut! bei den U. Soz.) Und dann hat Herr Simons Gegner vor allen Dingen auch in dem Kollegium der Sachverständigen, die er mit nach Spaa genommen hat. Ich glaube ja, daß er es mit Herrn Stinnes gründlich verdröben hat, und Herr Stinnes ist ein sehr mächtiger Mann. In dem Weisbuch, das uns vorgelesen wird, sind in der Rede des Herrn Stinnes die Stellen angeführt, von denen der Minister sagt, sie besäßen sich nicht auf die Kohlenfrage. Das sind die wichtigsten Stellen in der Rede des Herrn Stinnes. Es waren das diejenigen Stellen, in der die Entente in offener Verleumdung der Situation provoziert wurde. — Freilich, Sie mögen sich darauf berufen, die Franzosen haben es ja gewünscht, mit Herrn Stinnes zu verhandeln, und das ist richtig. Für uns ergibt sich daraus nur der Beweis für die

außerordentliche Verschuldung der internationalen Bourgeoisie, und wie schnell bereit die Kapitalisten sind, vergangene Unbill zu vergessen wenn sie glauben, neue Geschäfte machen zu können. Herr Stinnes wurde von einigen Franzosen gewünscht, die vergessen hatten, daß Herr Stinnes der Mann war, der eine Hauptverantwortung trägt für die schamlos Deportation der belgischen Arbeiter. (Sehr wahr! bei den U. Soz.) die vergessen haben, daß Herr Stinnes es ist, der die Verantwortung trägt für die Verhinderung der belgischen Werte. (Sehr wahr! bei den U. Soz.) der die Verantwortung trägt für die ganze Anneklonskampagne, die die Schwerindustrie geführt hat. (Sehr wahr! bei den U. Soz.) Ich möchte gern von ihm hören, was er, ehe er nach Spaa ging, in Wiesbaden verhandelt hat, wo er mit Vertretern der Entente zusammengekommen ist. (Hört! Hört! bei den U. Soz.) Und wir sind neugierig und möchten gern erfahren, was Herr Stinnes in Brüssel mit Herrn Millerand verhandelt hat. Ist es wahr, daß man dort

über die Verlängerung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau

gesprochen hat?

(Hört! Hört! bei den U. Soz.) Ist es wahr, daß dort gesprochen worden ist über die Möglichkeit, das Ruhrrevier besser mit Lebensmitteln zu versorgen, vorausgesetzt, daß Herr Stinnes das Monopol für die Lieferung der Lebensmittel bekommt? (Lebhafte Zurufe bei den U. Soz.) Jetzt erklärt Herr Stinnes, die Lieferung von 2 Millionen Tonnen im Monat sei praktisch unmöglich. Er beruft sich dabei auf die lachverächtlichen Arbeiter, die in Spaa waren. Wo ich die Arbeiter in Spaa verstanden habe, haben sie die Unmöglichkeit betont, mehr zu schuften, als sie schon bisher geschuftet haben. Bei Herrn Stinnes spielen andere Beweggründe mit als bei diesen Arbeitern. Darf ich weiter fragen, ob es Herrn Stinnes nicht, gelinde gesagt, im Grunde zuletzt gleichgültig war,

ob die Franzosen das Ruhrgebiet besetzen?

(Hört! Hört! bei den U. Soz. — Lebhafte Zurufe bei der D. D.) Der Kapitalismus hatte bei der Besetzung nichts zu verlieren. (Erneuter Zuruf bei der D. D.: Verleumdung!) Lesen Sie doch die Rede des Herrn Stinnes im Reichswirtschaftsrat nach! Lesen Sie doch die Rede in Spaa nach! Lesen Sie doch das Interieur nach, das Herr Stinnes dem Vertreter des Pariser „Matin“, dem Herrn Sauretwein gegeben hat.

Nun erklärte er zwar heute, die Erfüllung der Bedingungen sei unmöglich; aber er fügte hinzu, man müsse versuchen, daß sie möglich gemacht werde. Ja, wer soll es versuchen? Herr Stinnes, Herr Hilger oder seine Freunde? Nein, die Bergarbeiter sollen es versuchen, die Bergarbeiter, die man jetzt umschmeißelt, und deren nationales Empfinden man in allen Tönen von Regierungspolitik und in der Presse zücht.

Man will sie besser nähren und will sie besser behausen — so verspricht man ihnen. Schlimm genug, daß man auf diese Notwendigkeit erst verfallen ist, nachdem die Entente ihre Forderungen gestellt hat; (Sehr gut! bei den U. Soz.) schlimm genug, daß man nicht früher dahinter gekommen ist, welche entsetzliche

Raubbau mit den Bergarbeitern

im Ruhrrevier getrieben worden ist. Zu derselben Erkenntnis kommen Sie scheinbar erst, was die Wohnungsfrage der Bergarbeiter angeht. Bessere Wohnungen — sehr schön! Sie wissen, bessere Wohnungen lassen sich in absehbarer Zeit nicht herstellen. Aber wir wissen, daß daran zum guten Teil die Preispolitik des Kohlenindustrials schuld ist, die Preispolitik und des Bergarbeiters hinzustellen versucht, während doch Herr Stinnes im Jahre zum hundertfachen Millionär geworden ist, durch Geschäfte, auf die im einzelnen einzugehen jetzt nicht der Ort ist. (Andauernde ernste Zurufe von der D. D. — Gegenrufe von den U. Soz.) auf die man aber in anderem Zusammenhange zurückkommen wird — verlassen Sie sich darauf!

Vor allen Dingen aber möchten wir an die Regierung noch einmal die Frage richten: Wird alles geschehen, um das, was dort an Lebensmitteln bereitgestellt wird, tatsächlich auch in den Reich der notleidenden Bergarbeiter zu führen? Nach unserer Meinung sollte man jetzt an die Möglichkeit der Verbesserung der beschaulichen Technik, man sollte vor allen Dingen daran denken, daß den Beschäftigten der Kohle ein Ende gemacht wird.

Und endlich: Wir verlangen

die Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

Wenn die Bergarbeiter sich einmal bewußt sein werden; wir arbeiten nicht mehr für Stinnes, Kibdorf und Thyssen, sondern für uns und die Allgemeinheit, dann werden sie genial sein, mehr zu arbeiten als bisher. Wir fordern die Sozialisierung, weil sie die bessere Organisation der gesamten Volkswirtschaft zur Folge hat. (Sehr wahr! bei den U. Soz.) Sozialismus ist vernünftige Organisation der Volkswirtschaft, Sozialismus ist die Ausschaltung des Unternehmerprofites. Der Sozialismus ist unserer Uebersetzung nach der Weg aus den Schwerkriegszeiten und aus der Not, in der wir uns befinden. Der Sozialismus ist es, durch den wir den letzten

Endes auch den Vertrag von Versailles revidieren werden,

und der uns bis dahin diesen Vertrag erträglich macht als unter dem kapitalistischen System. Unsere innere Politik fällt hier vollständig mit den Interessen der auswärtigen Politik zusammen. (Sehr richtig! bei den U. Soz.)

Wird wir davon überzeugt sind, können wir auch in diesem Augenblick der Regierung nicht unser Vertrauen aussprechen. Was das Ergebnis von Spaa angeht, so sehe ich auf dem Standpunkt: nicht rühmen will ich, noch verdammten! Aber die Zeit und Weise, wie man dort Forderungen auf militärischem und wirtschaftlichem Gebiete durchzusetzen gesüßt hat, kann unseren Beifall nicht finden und veranlaßt uns, einem etwa zu stellenden Vertrauensvotum für die Regierung zu widersprechen.

Wenn wir heute den Herrn Minister Simons gehört haben, so werden wir morgen in den Pariser und Londoner Zeitungen lesen: Ich, selbst dieser vernünftig schweigende Mann ist genötigt, sich unter das Joch des Militarismus zu beugen! (Lebhafte Zustimmung und Beifall bei den U. Soz.)

Die Organisation der Betriebsräte Die Einigung vollendet

Von der Zentrale der Betriebsräte geht uns die folgende Resolution zu:

Die Zentrale der Betriebsräte nahm in ihrer Sitzung vom 27. Juli Stellung zu dem Ergebnis der Verhandlung der Gewerkschaftskommission und den Zentralen der Betriebsräte. Sie begrüßt die vollzogene Einigung und erwartet von der zu bildenden provisorischen Zentrale die sofortige Zusammenfassung der Betriebsräte und den Aufbau der Organisation nach den vereinbarten Richtlinien. Auch die Betriebsräte der Afa werden ersucht, nach die Arbeiterklasse Front der Hand- und Kopfarbeiter einzutreten, indem sie sich an dem Aufbau der Räteorganisation nach den vereinbarten Richtlinien beteiligen. Des Weiteren hält die Zentrale der Betriebsräte die Vorbereitung einer Aktion zur Abwehr der Unternehmerabsicht für dringend geboten. Die Aktion wird umso wirkungsvoller, wenn die Arbeiterklasse nicht länger durch Differenzen über die Zusammenfassung der Betriebsräte in ihrer Aktionsfähigkeit gehindert wird und schleunigt den Reichskongress der Betriebsräte zusammenruft.

Damit ist eine langwierige, mehrfach von Krisen unterbrochene Bewegung unter der Berliner Arbeiterschaft zu einem Abschluß gelangt, der für die Zukunft des Kampfes der Arbeiterklasse von entscheidender Wirkung sein dürfte.

Das Interesse der Berliner Arbeiter für die nun gelöste Frage war mit Recht groß. Stand doch nicht nur die Frage der Form der Betriebsräteorganisation auf dem Spiel, sondern die Einheit der Gesamtbewegung. Räteverbände und Gewerkschaftsbewegungen sollten nach dem Willen der Arbeiterschaft Teile eines Ganzen sein, getragen von gleichem Geist und frei in den aus der Besonderheit der beiderseitigen Aufgaben als notwendig erwachsenden Entschlüssen. So ist das Problem jetzt gelöst. Die nahe Berührung des Arbeitsfeldes, das den Räten durch das Betriebsrätegesetz gesteckt wurde, mit dem Wirkungsbereich der Gewerkschaften rechtfertigte den Anspruch der Gewerkschaftsgenossen auf einen gewissen Einfluß auf die Betriebsräteorganisation. Der Wille der Arbeiter aber, die Betriebsräteorganisation zu gestalten zum Organismus einer kollektiven Wirtschaftsführung, zum Mutterboden der praktischen Verwirklichung des Sozialismus — dieser Wille erzeugte mit Recht den Wunsch, die Organisation der Betriebsräte möge bei enger Fühlung mit den Gewerkschaften, doch möglichst wenig mit den Tagesfragen und Beschwernissen der Gewerkschaftsarbeit belastet werden. Daraus entstand die Forderung der selbständigen Räteorganisation. Durch die erfolgte Verständigung scheint uns der Boden gefunden zu sein, auf dem beide Organisationsgruppen nebeneinander gedeihen und durch gegenseitige Förderung festeren Halt gewinnen können. Der scheinbare Widerspruch zwischen der von den Betriebsräten geforderten Freiheit und der Bindung, auf die die Gewerkschaften Wert legen mußten, wurde aufgelöst in eine höhere Einheit: Solidarität.

Wie der einzelne Arbeiter größere Freiheit erwirbt, indem er Solidarität übt, indem er durch Zusammenschluß mit seinen Genossen, durch Unterordnung seines Einzelwillens unter einen Gesamtwillen scheinbar in eine größere individuelle Unfreiheit willigt — so werden auch die Organisationen der einzelnen Glieder der Arbeiterbewegung volle Freiheit des Handelns nur erwerben und genießen können in Unterordnung unter den Gesamtwillen der Arbeiterklasse. Auf dieser Linie ist die Lösung der Organisationsfrage erfolgt. In diesem Sinne muß nun die Arbeit begonnen werden. Wir begrüßen die Verständigung und wünschen den Betriebsräten Erfolg im rüstigen Wirken.

Der Standpunkt der Berliner Afa

Das Organ der Afa sendet uns folgenden Bericht mit dem Ersuchen um Aufnahme:

Die Betriebsräte der Afa versammelten sich am Donnerstag im Deutschen Hof, um einen Vortrag von Rudolf Wissell über das Thema „Weltwirtschaft“ zu hören. Im zweiten Teil der Tagesordnung wurde von Körperl Bericht erstattet über den Stand der Betriebsrätebewegung in Groß-Berlin. Insbesondere wurde hier auf die Einigung eingegangen,

die zwischen der Berliner Gewerkschaftskommission und der Betriebsräte-Zentrale in der Münzstraße nach einem Beschluß der Berliner Gewerkschaftskommission anstehend jetzt erzielt ist. In den Festlegungen, die die Einigung formal bestätigen, habe man auch die Afa zum Teil berücksichtigt, jedoch ohne deren besondere Stellungnahme vorher zu erkunden. Er schlug die Annahme folgender Resolution vor:

Die am 22. Juli 1920 im Deutschen Hof versammelten Betriebsräte, Angestellte, Betriebsob- leute der Afa halten unverrückbar an ihrem wiederholt festgelegten Standpunkt fest, daß die Zusammenfassung der Betriebsräte auf Grund der Richtlinien des A. D. G. B. und der Afa zu erfolgen hat. Nur innerhalb starker Gewerkschaften können die Betriebsräte erfolgreich ihre Funktionen zur Uebernahme der Wirtschaft ausüben. Eine Vereinigung in irgend einer Form mit der Betriebsräte-Zentrale in der Münzstraße lehnen die Versammelten ab. Alle Bestrebungen, welche darauf hinauslaufen, innerhalb der Gewerkschaften besondere Betriebsräte-Organisationen zu bilden, sind im Interesse der gesamten Arbeitnehmerschaft auf das Schärfste zu bekämpfen. Ebenso alle Absichten, durch eine Arbeitsgemeinschaft mit Harmonie und Unorganisierten den Kampf der fließendbewirkten Arbeiterschaft zu hemmen. Die Versammelten beauftragen ihre gewählten provisorischen Gruppenräte, die Arbeiten sofort aufzunehmen. Weiter beauftragen sie die Betriebsräte-Zentrale der Angestellten, nochmals mit der Berliner Gewerkschaftskommission in Verbindung zu treten, um gemeinsam mit der Arbeiterschaft an die Lösung der großen Aufgaben der Betriebsräte heranzugehen zu können. Wenn dies nicht möglich ist, sind die Arbeiten seitens der Angestellten-Betriebsräte einseitig allein auszuführen, bis die durch die Berliner Gewerkschaftskommission vertretenen Arbeitnehmer in der Lage sind, zusammen mit der Afa alle Betriebsräte auf freigewerkschaftlicher Grundlage zu erfassen.

Nachdem noch Friß Schmidt gesprochen hatte, wurde ein auch von der Versammlungsleitung bekräftigter Antrag auf Vertagung angenommen. Es soll versucht werden, die Gesamtheit der Betriebsräte der Afa in der nächsten Woche zusammenzurufen, um sie endgültig über diese dringenden Fragen entscheiden zu lassen. In dieser Vertagung sollen dann ein Referat der Afa und als Korreferent ein Mitglied des Ausschusses der Berliner Gewerkschaftskommission sprechen.

Wir begrüßen es zwar, daß die Afa-Betriebsräte ebenfalls den Versuch zu einer Einigung aller Arbeiter und Angestellten über die Organisation der Betriebsräte machen wollen, müssen aber doch bemerken, daß eine Verständigung unmöglich ist, wenn der eine Teil unverrückbar an seinem vorgefaßten Standpunkt festhält. Eine solche Starrheit glauben wir aus dem Wortlaut der Resolution herauslesen zu müssen. Aber vielleicht ist die Vertagung ein günstiges Symptom.

Wie geschoben wird!

Das geschoben wird, weiß jedermann, auch daß viel geschoben wird. Und doch ist es selten möglich, diese freistehenden Geschwüre am Volkskörper bloßzulegen und zu zeigen, daß das Verschleppen, Verschleppen und Vernichten lebensnotwendigen Volksgutes eine ganz allgemein verbreitete Uebung der „vaterländischen“ Industrie ist, eine Uebung, die umso ungefährlicher ist, je großzügiger sie betrieben wird. Wer sich nicht darauf versteht, nur pfundweise zu schieben, sondern gleich waggonweise arbeitet, der betreibt das harmloseste Geschäft der Welt.

Einen ganz kleinen Einblick in das Treiben einer Berliner Millonenzirma erzählt man Sonnabend in einer Verhandlung vor dem Gewerbegericht in Tegel. Die Firma Schweitzer u. Oppler hatte ihren Betriebsrat vorat sristlos entlassen, weil er in einer Betriebsversammlung geäußert hat, daß er sich freuen würde, der Firma vor dem Schlichtungsausschuß gegenüberzutreten und ihre Schieberpraktiken dort klarzulegen. Eine Beweisführung blieb dem klagen Betriebsrat vor dem Gewerbegericht erspart. Ein Schriftsatz der Kohlenstelle, der zur Verlesung kam, hat dem Gewerbegericht als Beweis genügt. Nach den bisherigen Feststellungen der Kohlenstelle wurden von der Firma 3182 Zentner Kohlen verschoben. Der Kläger hatte noch weit umfangreichere Kohlenschiebungen sowie auch die Verschlebung von Lebensmitteln und Heeresgut unter Beweis gestellt. Die Angaben der Kohlenstelle genügt jedoch dem Gewerbegericht, um im Urteilspruch die sristlose Kündigung für unberechtigt zu erklären und die Firma kostenpflichtig zu verurteilen. Natürlich hatte die Firma in den wenigen Fällen, in denen sie auf freier Tat ertappt wurde, und die Kohlen beschlagnahmt werden konnten, angegeben, daß sie nur aus Mitleid mit ihren kranken Direktoren die Kohlen in Privathäuser

und Grunewaldvillen bringen ließ. Wir können demnach allen kranken Proletariern, die im letzten Winter ihre Wohnung nicht heizen konnten, den Rat geben, bei der Firma Schweitzer u. Oppler in die Direktion oder in den Aufsichtsrat einzutreten, einige Waggons Kohlen zum Heizen ihrer Stuben sind ihnen dann gewiß.

Die verurteilte Firma ist dieselbe, die in Freienwalde eine vorzüglich eingerichtete Ziegelei zum Abbruch erworben hatte, und die trotz des Einpruchs des Regierungspräsidenten den Abbruch fortgesetzt hat. Es ist auch dieselbe, die in Leipzig, Straßund und Gleiwich lebenswichtige Betriebe vernichtet hat, trotz der Abwehr der Arbeiter, die dadurch ihre Existenz verloren haben. In einer Wirtschaftsordnung, in der das ganze prozentpatriotische Kapital seine vaterländische Gefinnung in Dollar- und Sterlingnoten in den Staatsschatz ausländischer Banken anlegen will, mußte eine Firma, die das Bettamt betreibt, ihre Blütezeit erleben.

Die Firma Schweitzer u. Oppler ist keine Einzelerscheinung. Viele Hunderttausende Arbeiter und Angestellte werden in diesem Prozeß der Vernichtung der deutschen Industrie und des deutschen Volksvermögens zu Mitwissern und Mitschuldigen gemacht durch Entlassungsdrohungen und Geschäftsgeheimnisparagrafen. Der Umstand, daß das Großkapital jede Gesetzesumgehung legalisieren kann, macht auch die Betriebsräte wehrlos. Diese Millionenfirmen haben ihre Juristen, um den Gesetzeschlingen zu entgehen, sie haben Militärs in den Direktionen wie bei der Firma Schweitzer u. Oppler, um bei Verschlebung von Heeresbeständen unbehindert zu sein, sie haben ihre Beziehungen zur hohen Bureaucratie, sie haben Beamte, die ausschließlich damit beschäftigt werden, die Arbeiter im Schach zu halten, und sie haben vor allem die Hungerpeitsche, die jeden ihrer Arbeiter und Angestellten zwingt, über ihre Schmachereien den Mund zu halten. So ist es möglich, daß Milliarden deutschen Vermögens ins Ausland gebracht werden zu einer Zeit, da man angeblich nicht 5 Mark ohne Wissen der Behörden über die Grenze bringen dürfte, so ist es möglich, daß man Proletariat zu dem Wahnsinn zwingt, gute gebrauchsfähige Maschinen zu Kleinrenten zu zerlegen, weil sie in den Schmelzöfen wandern müssen, damit sie nicht der Firma Schweitzer u. Oppler zu viel Kapitalzinsen wegessen. Man gebe den Direktionsdamen der Großbanken Gelegenheit zu reden, und von den Herren, die in den Ministerien aus- und eingehen, möchten manche ihrer Befehle einstellen.

Das Betriebsrätegesetz gibt den Arbeitern im Kampf gegen diese Vernichtung unserer Volkswirtschaft keinen Rückhalt. In diesem einen Falle wird vielleicht der Betriebsrat nach monatelangem Kampfe erreichen, daß ihm die Firma seinen Lohn weiter bezahlt. Nicht jeder Arbeiter hat die Möglichkeit, mit Millionenfirmen monatelang zu prozessieren. Der Hunger mag manden schon zu einem frühen Vergleich gezwungen haben. Daß aber die Firma einen solchen Betriebsrat, der sich um Schiebergeschäfte kümmert, nicht wieder in ihren Betrieb hineinläßt, selbst wenn sie ihm seinen Lohn weiter bezahlen muß, kann heute schon als sicher angesehen werden. Will die Arbeiterschaft verhindern, daß die letzten Reste der deutschen Produktionsmöglichkeit vernichtet werden, dann muß sie sich über das Betriebsrätegesetz hinaus wirkliche Kontrollrechte im Produktionsprozeß erkämpfen.

Gewerkschaftliches

Eine Riefengewerkschaft

Die eben erschienene Jahresabrechnung des Deutschen Metallarbeiterverbandes für das Jahr 1919 weist einen Stand von 1 605 401 Mitgliedern auf. Die Zunahme beträgt im Berichtsjahr 819 215 Mitglieder. Der Gesamtergebnisabrechnung bilanziert bei einem Kassendbestand von 7 852 784,15 M. mit rund 60 1/2 Millionen Mark (60 478 930,73 M.). An Unterstützungen sind zur Auszahlung gelangt 31 1/2 Millionen Mark (31 447 062,75 M.). Die Verbandszeitung hat 2 400 336,35 M. Kosten verursacht. Der mächtige organisatorische Bau ist ein glänzender Beweis für die Fähigkeit des Proletariats zur Selbstverwaltung.

Generalversammlung der Asphaltreue

Die Generalversammlung, die Montag im Gewerkschaftshaus tagte, wählte zunächst eine Verhandlungskommission, die den Unternehmern die Forderung nach einer 30prozentigen Feuerungszulage zu unterbreiten hat. Genosse Pulas sprach dann ausführlich gegen die einseitige Haltung des Jahrganges und gegen die Treibereien eines Teils der Zentralverwaltung. Hier, wie in den meisten anderen Gewerkschaften, steht die Ortsgruppe Berlin, gegen den Zentralvorstand in Opposition, weil die kleine Gewerkschaft den Unternehmern gegenüber machtlos ist, und es notwendig wäre, sie einem großen Industrieverband anzugliedern. Auch andere Notwendigkeiten der Zeit haben die Leute vom Zentralvorstand nicht begriffen. Anstatt sich auf dem Wege der unter den heutigen Verhältnissen einzig möglichen gewerkschaftlichen Entwicklung vorwärtsdrängen zu lassen, nützen sie ihre formale Ueberlegenheit

Die schwere Stunde

Roman

Victor Panin

22] Einen tiefen Kummer empfand ich in diesem Augenblick und eine unerklärliche Traurigkeit umfing mich, daß ich bereit war, in Schluchzen auszubrechen. . . . Mir schien es, die Frau sei die letzte Quelle im Leben, aus der der Mensch nur reines kristallklares Wasser trinken müsse, und jetzt würde sie die Welt nur mit Blut tränken. Indem sie die Kinder nähren wird, wird sie ihnen statt Milch Blut reichen, ihre Küsse, ihre Liebkosungen werden nach Blut riechen, — welche grauenvoller Ekel! Sollten das wirklich die Wesen sein, deren Artlichkeit, deren Liebkosungen in Augenblicken unseres jugelosen, männlichen Jornes imstande sind, zu besänftigen, uns zu nähmen? Und jetzt? . . .

Unter dem Eindruck dieser schweren Gedanken steige ich auf ein für mich hingestelltes Taburet und beginne zu sprechen; ich vergesse dabei, daß ich Parlamentar bin, ich vergesse, daß ich diplomatisch vorgehen muß, um die Leute zu veranlassen, sich zu ergeben; ich vergesse die Bedingungen, die man mit mehreren Male wiederholt hat, ehe ich herkam. Von heftiger Erregung, von innerer Glut erfüllt, rede ich vom heiligen Recht des Menschen, zu loben, rede ich vom Verbrechen, den Menschen gewalttätig zum Sterben zu zwingen, rede ich davon, daß Vaterland, Patriotismus nichts als eine niederträchtige Hypnose sind, die von den Satten geschaffen wird, um Feindschaft unter die Menschen, unter die Brüder, welche die ganze Erdoberfläche bewohnen, zu säen. Ich rede davon, daß der Tod etwas Garstiges ist, daß er selbst demjenigen nichts geben kann, der sterbend sein Blut vergießt in dem Glauben, er verdiene die Unsterblichkeit. Ich sage: gedenkt denn jemand von euch der Regimenter Alexanders von Makedonien, Cäsars, Attilas. Betrachtet denn jemand diese Menschen, die gestorben sind, ohne zu wissen wofür? Es war bloß, um ihren Führern Ruhm zu erwerben, und auch diese sind ja vermodert, es ist nichts von ihnen, noch von ihrem Ruhme übrig geblieben. . . . In den hinteren Reihen unterbricht mich ein Mann in Stuhl in empörttem Tone:

„Verräter, Lügner, hast nicht du selbst in deinen Büchern geschrieben, daß die Liebe zum Vaterland heilig sei? Und wie schön hast du den sterbenden Helden geschildert! Hier haben sich ja viele von uns durch deine Beschreibung zum Sterben begeistern lassen. . . .“

Ich fühle, wie diese Worte gleich einem Hammer auf meine Brust schlagen, ich merke, daß ich erblasse, und steige schnell von dem Taburet hinunter, da ich umzufallen fürchte. . . .

Es erhebt sich ein fürchterlicher Lärm ringsum, der Sprechende wird zum Schweigen gezwungen. Man spricht mit mir, man entschuldigt sich, man reicht mir Wasser. Eine Frau beugt sich über mich, und ich sehe, wie sie lautlos weint, und wie ihre großen Tränen mir auf die Schuiter tropfen. . . . Inzwischen wächst der Lärm, das Getöse, der Streit im Saal immer mehr. —

Den 7. Oktober.

Im Leben gibt es Situationen, die man nur als dumm bezeichnen kann. Ja, es gibt eben eine dumme Lage, — dies ist die allerpassendste Definition dafür.

Du stehst manchmal da, blickst herum, es scheint, als sei es hellster Tag, als sähest du alles, als seien alle Wege vor dir offen, und doch kannst du dich nicht von der Stelle bewegen, ein inneres Gefühl sagt dir, daß du blind bist, daß du ein Sklave, daß du gebunden, gefangen bist.

Das äußere Gefühl protestiert, der Mensch sträubt sich widerspenstig: wie kommt denn das, ich sehe ja, ich fühle, ich bin nicht gebunden. Der andere aber dort innen wälzt sich vor spöttischem Gelächter: Nun zeig dich mal, bewege dich mal ein wenig! Und wieder ertönt in den Ohren des Verwirrten ein herausforderndes Gelächter.

In solch einer dummen Lage befinde ich mich gegenwärtig. Bei uns im Hause herrscht jetzt vollständiger Hunger. Wir hungern buchstäblich, und wenn nicht die Wärterin und der gute Mensch einiges für Wowa verschaffen würden, so müßte sich das Kind bald vor Hunger erschöpfen zu Bette legen.

Ich dachte daran, wie man wohl unsere Lage erträglicher gestalten könnte. Es war nachmittags, als ich meine Frau aufsuchen ging, um sie zu fragen, ob es nicht besser wäre, in ein Dorf zu ziehen; dort würden die Bauern uns nicht vor Hunger sterben lassen. Ich suchte nach ihr im Speisezimmer,

im Wohnzimmer, trat dann an die Tür des Schlafzimmers und öffnete sie.

Was ich sah, war mir so unerwartet, daß ich im ersten Augenblick nichts verstand, aber gleich darauf stürzte ich wie wahnsinnig von der Tür weg, ohne daran zu denken, sie zu schließen, und wukte nicht, was ich tun sollte, wohin ich gehen sollte. . . . In mein Kabinett getreten, sperrte ich die Türe mit dem Schlüssel ab und griff noch an die Klinke, um zu sehen, ob die Türe fest verschlossen sei.

Mehrere Stunden hindurch blieb ich schweigend, regungslos, ohne einen einzigen Gedanken im Kopfe. Von Zeit zu Zeit gähnte ich, verspürte ich ein fürchterliches Schlafbedürfnis, wie nach einer schweren körperlichen Ermüdung war mein Körper wie zerschlagen.

Jetzt bin ich aus diesem stumpfsinnigen Zustand erwacht, ich will meine Lage prüfen, aufmerksam erwägen, ich will irgend einen Ausweg aus dieser Lage finden, aber es gelingt mir nicht, etwas zu erfinden.

Ich habe meine Frau in den Armen eines andern gesehen, das ist klar und einfach, . . . aber was weiter? Darin besteht ja gerade die dumme Lage.

Nach den alten Begriffen, nach der ringsum geltenden Logik, müßte ich sofort mit einem Revolver und einem Dolch bewaffnen und sowohl sie, als ihn töten. Das ist ja die Rache! Oder doch wenigstens sofort an Scheidung denken!

Ich aber drehe mich schon zwei Tage lang unaufhörlich in diesem verzauberten Kreise herum. Wen soll ich töten? Einen Menschen, der schon lange nicht mehr meine Frau ist? Ich lebte ja nicht mit ihr, sie war mir fremd, wie jede, die auf der Straße an mir vorbeiging. Und wofür sollte ich sie auch töten? Dafür, daß sie ihrem körperlichen Verlangen nachgegeben hat und daß sie frei über ihren Körper verfügt hat? Aber es ist ja ihr Körper, was habe ich denn damit zu tun? Jemand flüstert mir boshaft zu: sie ist ja deine Frau! Sie hatte ja nicht das Recht, über das zu verfügen, was dir gehört. —

„Mir?“ frage ich meinen unsichtbaren Gegner, „du bist ein Idiot, du willst mich nur rasend machen. . . . es ist ja ihr Körper, wie kann er denn mir gehören?“

„Ja“, antwortet er phlegmatisch, „aber sie ist eben deine Frau, also ist sie dein; ihr seid doch getraut worden!“ (Fortsetzung folgt.)

